

# INFLATION AKTUELL

Die Inflationsanalyse der OeNB



Vor dem Hintergrund des Preisstabilitätsziels des Eurosystems analysiert *Inflation aktuell* vierteljährlich die Inflationsentwicklung in Österreich und enthält zusätzlich eine Inflationsprognose sowie zumindest ein aktuelles Schwerpunktthema.

**Medieninhaberin und  
Herausgeberin**

Oesterreichische Nationalbank  
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien  
Postfach 61, 1011 Wien  
[www.oenb.at](http://www.oenb.at)  
[oenb.info@oenb.at](mailto:oenb.info@oenb.at)  
Tel. (+43-1) 40420-6666  
Fax (+43-1) 40420-04-6698

**Schriftleitung**

Birgit Niessner

**Inhaltliche Gestaltung**

Friedrich Fritzer, Fabio Rumler, Mirjam Salish

**Redaktion**

Joanna Czurda

© Oesterreichische Nationalbank, 2022.

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Im Sinne der besseren Lesbarkeit wird teilweise auf geschlechtergerechte Formulierungen verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter.

# Überblick

## **HVPI-Inflation erreichte im vierten Quartal 2021 mit 3,9 % den höchsten Wert seit Beginn der Währungsunion**

Die HVPI-Inflationsrate stieg in Österreich im vierten Quartal 2021 auf 3,9 % und erreichte damit den höchsten Wert seit Beginn der Währungsunion. Im Jahresdurchschnitt 2021 lag die HVPI-Inflation bei 2,8 %. Der Inflationsanstieg im Jahresverlauf 2021 war größtenteils auf die markante Zunahme der Rohölpreise zurückzuführen, aber auch die Gas- und Strompreise legten in den letzten Monaten deutlich zu. Weltweit traf eine im Zuge der wirtschaftlichen Erholung starke Nachfrage auf angebotsseitige Beschränkungen (u. a. aufgrund pandemiebedingter Schließungen von Produktionsstätten und Lieferkettenunterbrechungen), was nicht nur zu steigenden Energiepreisen, sondern auch zu deutlichen Preiserhöhungen vieler nichtenergetischer Rohstoffe führte. Dies spiegelte sich zunehmend in den Endverbraucherpreisen langlebiger Konsumgüter wider, insbesondere in den von der Halbleiterkrise betroffenen Sektoren (z. B. Fahrzeug- oder Computerindustrie). Ein Wiederaufleben des Tourismus führte ab Sommer 2021 vor allem bei Beherbergungsdienstleistungen zu außergewöhnlich hohen Preissteigerungen, sodass auch die Dienstleistungsinflation im Jahresverlauf deutlich zulegte.

## **Energiepreise und Angebotsengpässe sorgen auch im Jahr 2022 für Inflationsdruck**

Laut aktueller Inflationsprognose der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) vom Dezember 2021 wird die HVPI-Inflationsrate in Österreich im Jahr 2022 auf 3,2 % ansteigen, gefolgt von einem Rückgang auf 2,3 % im Jahr 2023 bzw. 2,0 % im Jahr 2024. Gegenüber der Prognose vom September 2021 wurde die Inflationsprognose für den gesamten Prognosehorizont – insbesondere für 2022 – vor allem wegen höherer Rohstoffpreisannahmen nach oben revidiert. Die OeNB erwartet den Höhepunkt der Inflationsentwicklung im Jänner 2022, geht allerdings davon aus, dass die Inflation auch in den darauffolgenden Monaten deutlich über 3 % liegen wird. Trotz der aktuellen pandemischen Entwicklung und deren Auswirkungen (insbesondere auf den heimischen Wintertourismus) rechnet die OeNB damit, dass der wirtschaftliche Aufschwung und der damit einhergehende nachfrageseitige Inflationsdruck nur vorübergehend gedämpft werden wird. Die erwartete wirtschaftliche Erholung in Kombination mit bestehenden Angebotsengpässen wird somit den Inflationsdruck auch im Jahr 2022 aufrechterhalten. Hinzu kommen angekündigte Preissteigerungen bei Strom und Gas sowie die Einführung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung, die dafür sorgen werden, dass die Energiepreise (trotz annahmegemäß rückläufiger Rohölpreise) deutlich erhöht bleiben werden. Während die Energiepreise gemäß den Terminnotierungen für Rohöl und jener für die Großhandelspreise von Gas und Strom bereits ab Jahresbeginn bzw. dem zweiten Quartal zurückgehen werden, ist erst ab Jahresmitte mit deutlicheren Rückgängen der nichtenergetischen Rohstoffpreise sowie einem Auflösen der angebotsseitigen Verknappungen zu rechnen. Diese Entwicklung führt dazu, dass die Inflationsrate erst gegen Ende des Jahres 2022 wieder auf etwas über 2 % zurückgehen und in den darauffolgenden Jahren in etwa auf diesem Niveau verbleiben wird.

## **Preisanstieg von Rohstoffen hast sich zuletzt abgeflacht**

Sowohl bei den Rohölpreisen als auch bei den Preisen für Industrie- und Nahrungsmittelrohstoffe wurden im Laufe des Jahres 2021 beträchtliche Preissteigerungen verzeichnet. Dafür waren einerseits angebotsseitige Lieferengpässe und andererseits die ab dem Frühjahr anziehende globale Nachfrage verantwortlich. In den letzten zwei Monaten gab es allerdings Anzeichen, dass der Preisanstieg bei Rohöl und bei Industrierohstoffen zum Erliegen gekommen ist. Die Gründe dafür waren einerseits die angekündigte Ausweitung der Erdölproduktion durch die OPEC-Staaten und andererseits die Sorge vor den wirtschaftlichen Auswirkungen der neuen Omikron-Variante des COVID-19-Virus, welche die Konjunkturerholung wieder bremsen könnte. Die Abwertung des Euro – gegenüber dem US-Dollar um 7 % im letzten halben Jahr – hat die abgeschwächte Preisdynamik bei einigen Rohstoffen in den letzten Monaten allerdings teilweise kompensiert.

### **Weiterhin starker Preisdruck vonseiten der Erzeuger- und Großhandelspreise**

Auf Ebene der vorgelagerten Produktionsstufen verschärfte sich der Druck auf die Verbraucherpreise in den letzten Monaten noch weiter. So verteuerten sich die Erzeugerpreise von Energieprodukten und Vorleistungsgütern im Jahr 2021 markant, während die eng mit den Verbraucherpreisen zusammenhängenden Erzeugerpreise von Konsumgütern im selben Zeitraum nur moderat gestiegen waren. Auch die Großhandelspreise, insbesondere von Rohstoffen und Industriegütern, haben im Laufe des Jahres 2021 stark zugelegt und üben somit nach wie vor beträchtlichen Druck auf die Endverbraucherpreise aus.

### **Kurzfristige Inflationserwartungen im Gleichklang mit der Inflation gestiegen**

Im abgelaufenen Jahr erhöhten sich die von der Europäischen Kommission erhobenen Inflationserwartungen der Konsumentinnen und Konsumenten in Österreich für die nächsten zwölf Monate im Gleichklang mit der tatsächlichen Inflationsentwicklung deutlich. Auch die Inflationserwartungen von Prognoseinstituten für das Jahr 2021 und 2022 sind in den letzten Monaten sukzessive gestiegen und liegen derzeit bei 2,7 % bzw. 2,5 %. Damit ist der Wert für 2022 aber noch immer deutlich unter jenem der aktuellen Inflationsprognose der OeNB.

### **CO<sub>2</sub>-Bepreisung wird in den kommenden Jahren die Energiepreisinflation erhöhen**

Der Klimawandel ist neben der COVID-19-Pandemie die größte Herausforderung unserer Zeit, weshalb sich auch die Europäische Zentralbank (EZB) 2021 dazu verpflichtet hat, die klimapolitischen Ziele der EU zu unterstützen (soweit mit dem Preisstabilitätsziel vereinbar). Das Schwerpunktthema dieser Ausgabe von „Inflation aktuell“ widmet sich daher den Auswirkungen der im Rahmen der ökosozialen Steuerreform beschlossenen CO<sub>2</sub>-Bepreisung auf die Energiepreise in Österreich. Der CO<sub>2</sub>-Preis wird die Verbraucherpreise von Super, Diesel, Heizöl und Gas ab Juli 2022 anheben und in etwa ein Fünftel der Energiepreis-inflation in diesem Jahr erklären (2 Prozentpunkte). Ein noch stärkerer Effekt wird für das Jahr 2023 erwartet, in dem der Beitrag zur Energiepreis-inflation in etwa 2,7 Prozentpunkte betragen wird. Umgerechnet auf die HVPI-Gesamtinflation sind durch die CO<sub>2</sub>-Bepreisung mit folgenden Inflationseffekten zu rechnen: 2022: etwa +0,15 Prozentpunkte; 2023: +0,2 Prozentpunkte; 2024: +0,1 Prozentpunkt.

# Inflation aktuell – die Inflationsanalyse der OeNB

Friedrich Fritzer, Fabio Rumler, Mirjam Salish<sup>1</sup>

Überblick	2
1 HVPI-Inflation erreichte im November 2021 mit 4,1 % den höchsten Wert seit Beginn der Währungsunion	5
2 Inflationsprognose: Energiepreise und Angebotsengpässe werden auch im Jahr 2022 für Inflationsdruck sorgen	7
Kasten 1: Die Auswirkungen von Klimaschutzmaßnahmen auf die Energiepreise	12
3 Erklärungsfaktoren für die aktuelle Preisentwicklung	17

Redaktionsschluss: 7. Jänner 2022

---

<sup>1</sup> Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, [friedrich.fritzer@oenb.at](mailto:friedrich.fritzer@oenb.at), [fabio.rumler@oenb.at](mailto:fabio.rumler@oenb.at), [mirjam.salish@oenb.at](mailto:mirjam.salish@oenb.at).

## I HVPI-Inflation erreichte im November 2021 mit 4,1 % den höchsten Wert seit Beginn der Währungsunion

Die österreichische HVPI<sup>2</sup>-Inflationsrate stieg von 1,5 % im ersten Quartal auf 3,9 % im vierten Quartal 2021 an und lag im Jahresdurchschnitt bei 2,8 %. Im November 2021 erreichte die HVPI-Inflation mit 4,1 % den höchsten Wert seit Beginn der Währungsunion und ging im Dezember 2021 laut Schnellschätzung der Statistik Austria auf 3,8 % zurück. Für den Inflationsanstieg von Jänner 2021 bis November 2021 waren zu mehr als zwei Drittel die Energiepreise verantwortlich.<sup>3</sup> Im Jahresverlauf stiegen jedoch auch die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflationsrate sowie die Inflationsrate von Nahrungsmitteln (inklusive Alkohol und Tabak). Etwas mehr als 15 % der Zunahme der Gesamtinflation seit Jänner 2021 ging auf die Kerninflation und etwas weniger als 15 % auf Nahrungsmittel (inklusive Alkohol und Tabak) zurück. Die *ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflationsrate lag im November 2021 bei 2,7 %* und war somit um 0,7 Prozentpunkte höher als zu Jahresbeginn. Diese Differenz war in etwa zu gleichen Teilen auf einen Anstieg der Inflationsraten bei Dienstleistungen sowie bei Industriegütern ohne Energie zurückzuführen.

*Der Anstieg der Dienstleistungspreise lag im November 2021 bei 2,9 % und damit 0,6 Prozentpunkte höher als noch im August 2021.* Vor allem die Inflationsraten für Beherbergungsdienstleistungen und Gastronomie stiegen seit der Öffnung im Mai stark an. Bei den Beherbergungsdienstleistungen betrug die Inflationsrate zu Jahresbeginn 2,9 % und erreichte im Oktober mit 10 % den höchsten Wert seit Beginn der Währungsunion. Auch im November lag die Inflationsrate noch bei 9,4 % und somit deutlich über dem langfristigen Durchschnitt. Der Inflationsanstieg dürfte hauptsächlich auf die starke Nachfrage nach Tourismusdienstleistungen im Sommer und Herbst 2021 zurückzuführen sein. Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung wie Kapazitätsbeschränkungen und strengere Hygienemaßnahmen führten zu Kostensteigerungen, die zumindest teilweise an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben worden sein dürften. Darüberhinausgehend ist davon auszugehen, dass ein Teil der Kosten für die Rücknahme der Mehrwertsteuersenkung mit Jänner 2022 bereits vorab von den Beherbergungsdienstleisterinnen und -dienstleistern an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben wurde.<sup>4</sup> Auch bei den Restaurantdienstleistungen stieg die Inflationsrate in der zweiten Jahreshälfte von 3,2 % im Juli auf 4 % im November 2021 kontinuierlich an. Des Weiteren legten die Teuerungsraten von Freizeit- und Sportdienstleistungen sowie Kulturdienstleistungen seit Jänner 2021 deutlich zu. Die Beschleunigung der Inflationsdynamik in diesen Sektoren dürfte jedoch aufgrund des neuerlichen Lockdowns im November und Dezember 2021 sowie der deutschen Reisewarnung und der zunehmenden Verbreitung der Omikron-Variante (zumindest vorübergehend) nachgelassen haben. Generell ist eine Interpretation der Inflationsentwicklung im Dienstleistungsbereich schwierig, da aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-

---

<sup>2</sup> Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

<sup>3</sup> Detaildaten zu den einzelnen Subkomponenten für den Monat Dezember 2021 werden am 20.01.2022 veröffentlicht.

<sup>4</sup> Für Bewirtungs- und Beherbergungsdienstleistungen wurde von Juli 2020 bis Dezember 2021 eine Reduktion des Mehrwertsteuersatzes auf 5 % vorgenommen, um die Unternehmen finanziell zu unterstützen. Auch 2016 kam es im Rahmen einer Mehrwertsteuererhöhung bei Beherbergungsdienstleistungen zu „Vorzieheffekten“, bei denen bereits in den Monaten vor der Steuererhöhung die Verbraucherpreise angehoben worden waren [siehe Loretz und Fritz (WIFO), 2021].



Pandemie und den damit verbundenen Geschäfts- und Betriebsschließungen von Jänner bis Mai 2021 und auch im November und Dezember 2021 zahlreiche Preise fortgeschrieben werden mussten.<sup>5</sup> Etwas gedämpft wurde die Dienstleistungsinflation durch die Preisentwicklung bei Mieten. Die Inflationsrate ging hier von 5,5 % im Jänner auf –1,7 % im November 2021 zurück.

Die *Inflationsrate von Industriegütern ohne Energie stieg seit April 2021 von 0,5 % auf 3,0 % im August 2021 an*. Im November lag sie bei 2,4 % und somit nach wie vor deutlich über dem langfristigen Durchschnitt von 0,9 %. Für den Inflationsanstieg im Jahresverlauf waren vor allem die Preise für Bekleidungsartikel und Schuhe, Möbel und Einrichtungsgegenstände, Kraftfahrzeuge sowie Computer und elektrische Haushaltsgeräte verantwortlich. Insbesondere bei langlebigen Konsumgütern ist von einer partiellen Übertragung der hohen Rohstoffkosten auf die Endverbraucherpreise auszugehen. Insgesamt dürfte sich der Preisdruck durch Lieferengpässe (wie beispielsweise bei Halbleitern) sowie die Unterbrechung von Transportketten zunehmend auf die Verbraucherpreise niederschlagen haben. Die Lieferengpässe bei gleichzeitig starker Nachfrage führten bei einigen langlebigen Konsumgütern wie z. B. Fahrzeugen dazu, dass teilweise mit größeren Gewinnaufschlägen verkauft werden konnte.

Im November 2021 *belief sich die Inflationsrate von Energie auf 23,8 % und erreichte damit den höchsten Wert seit Anfang der 1990er Jahre*. Für die kräftige Zunahme im Jahresverlauf waren vor allem die seit Jahresbeginn stark gestiegenen Rohölpreise sowie der Basiseffekt<sup>6</sup> des Rohölpreisverfalls im Vergleichszeitraum des Vorjahres verantwortlich. Noch zu Jahresbeginn lag die Inflationsrate von Energie im negativen Bereich (–5,3 % im Jänner 2021). In den letzten Monaten nahmen jedoch nicht nur die Rohölpreise und folglich die Treibstoff- und Heizölpreise im HVPI stark zu, sondern auch die Verbraucherpreise von Strom und Gas. Die konjunkturbedingt gestiegene Nachfrage sowie die geringen Lagerbestände von Gas in Europa haben für eine dynamische Preisentwicklung auf den Großhandelsmärkten für Gas und Elektrizität gesorgt, die sich bereits in den Endverbraucherpreisen widerspiegelt.

Die *Inflationsrate von Nahrungsmitteln (einschließlich Alkohol und Tabak) stieg von 1,2 % im August 2021 auf 1,7 % im November 2021*. In den letzten Monaten legten vor allem die Preise für Fleisch, aber auch für Öle und Fette, deutlich zu. Obst und Gewürze sowie Tabakerzeugnisse wurden hingegen etwas günstiger. Die Nahrungsmittelinflation lag somit trotz der Zunahme in den letzten Monaten nach wie vor unter ihrem langfristigen Durchschnitt (seit Beginn der Währungsunion) von 2,3 %.

---

<sup>5</sup> Siehe dazu die methodischen Informationen von Eurostat in [„Guidance on the compilation of the HICP in the context of the COVID-19 crisis“](#). Laut Eurostat betraf dies von Jänner 2021 bis Mai 2021 zwischen 12 % und 20 % der im österreichischen HVPI-Warenkorb enthaltenen Produkte, vor allem in den Bereichen Gastgewerbe und Beherbergung, Freizeit- und Sportdienstleistungen sowie Kulturdienstleistungen. Von Juni bis Oktober 2021 lag der Anteil der Fortschreibungen bei unter 1 %, da so gut wie alle Preise wieder wie gewohnt erhoben werden konnten.

<sup>6</sup> Basiseffekt bedeutet, dass bei einer Inflationsrate im Jahresvergleich auch Bewegungen in der Basis, d. h. die Preisentwicklung vor einem Jahr, einen Einfluss auf die Veränderungsrate haben.

## 2 Inflationsprognose: Energiepreise und Angebotsengpässe werden auch im Jahr 2022 für Inflationsdruck sorgen<sup>7</sup>

Laut aktueller Inflationsprognose der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) vom Dezember 2021 wird die HVPI-Inflationsrate im Jahr 2022 auf 3,2 % ansteigen und dann auf 2,3 % im Jahr 2023 bzw. 2 % im Jahr 2024 zurückgehen (Grafik 1 und Tabelle 2). Die überraschend starke Zunahme der Energiepreise im Jahr 2021 wird sich zu Jahresbeginn 2022 zumindest bei Gas und Strom weiterhin fortsetzen, weshalb der Höhepunkt der monatlichen Inflationsentwicklung für Jänner 2022 erwartet wird. Die Inflation wird jedoch auch in den darauffolgenden Monaten noch deutlich über 3 % liegen, da die Energiepreise trotz rückläufiger Rohölpreise aufgrund der erwarteten Preisentwicklungen bei Strom und Gas erhöht bleiben werden. Die OeNB geht davon aus, dass die aktuelle pandemische Entwicklung und deren erwartete Auswirkungen (insbesondere auf den Wintertourismus) den wirtschaftlichen Aufschwung und den damit einhergehenden Inflationsdruck nur vorübergehend dämpfen werden. Die erwartete wirtschaftliche Erholung in Kombination mit bestehenden Angebotsengpässen wird somit den Inflationsdruck auch im Jahr 2022 aufrechterhalten. Erst ab Jahresmitte wird mit einer Entspannung bei den energetischen und nichtenergetischen Rohstoffpreisen sowie einem Auflösen der angebotsseitigen Verknappungen gerechnet. Dementsprechend erwarten wir für die *ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflation*, nach einer Jahresinflation von 2,3 % im Jahr 2021, einen Anstieg auf 2,5 % im Jahr 2022. Trotz der Annahme, dass sich die angebotsseitigen Engpässe in der zweiten Jahreshälfte 2022 weitgehend auflösen werden, wird die Kerninflationsrate mit 2,4 % im Jahr 2023 und 2,1 % im Jahr 2024 über dem langfristigen Durchschnitt von 1,8 % bleiben. Sowohl die starke Nachfrage als auch das erwartete beschleunigte Wachstum der Lohnstückkosten tragen dazu bei.

Wie bereits in den letzten Prognoserunden zeichnet sich auch die aktuelle Inflationsprognose durch einen hohen Grad an Unsicherheit aus. Insbesondere die Auswirkungen der sich derzeit rasch ausbreitenden Omikron-Variante auf die Wirtschaft (vor allem auf den Dienstleistungssektor) und somit auf die Preise sind ungewiss. Während die aktuelle pandemische Entwicklung tendenziell ein Abwärtsrisiko darstellt, überwiegen für die Inflationsprognose insgesamt die aufwärtsgerichteten Inflationsrisiken. Länger anhaltende Angebotsengpässe, zunehmender Preisdruck vonseiten der Erzeuger- und Großhandelspreise sowie eine stärkere Übertragung der Rücknahme der Mehrwertsteuersenkung auf die Konsumentinnen und Konsumenten stellen Aufwärtsrisiken für die kurzfristige Prognose dar. Mittelfristig könnten neben steigenden Inflationserwartungen und zunehmendem Preisdruck von der Lohnseite her insbesondere strengere Klimaschutzmaßnahmen inflationstreibend wirken.

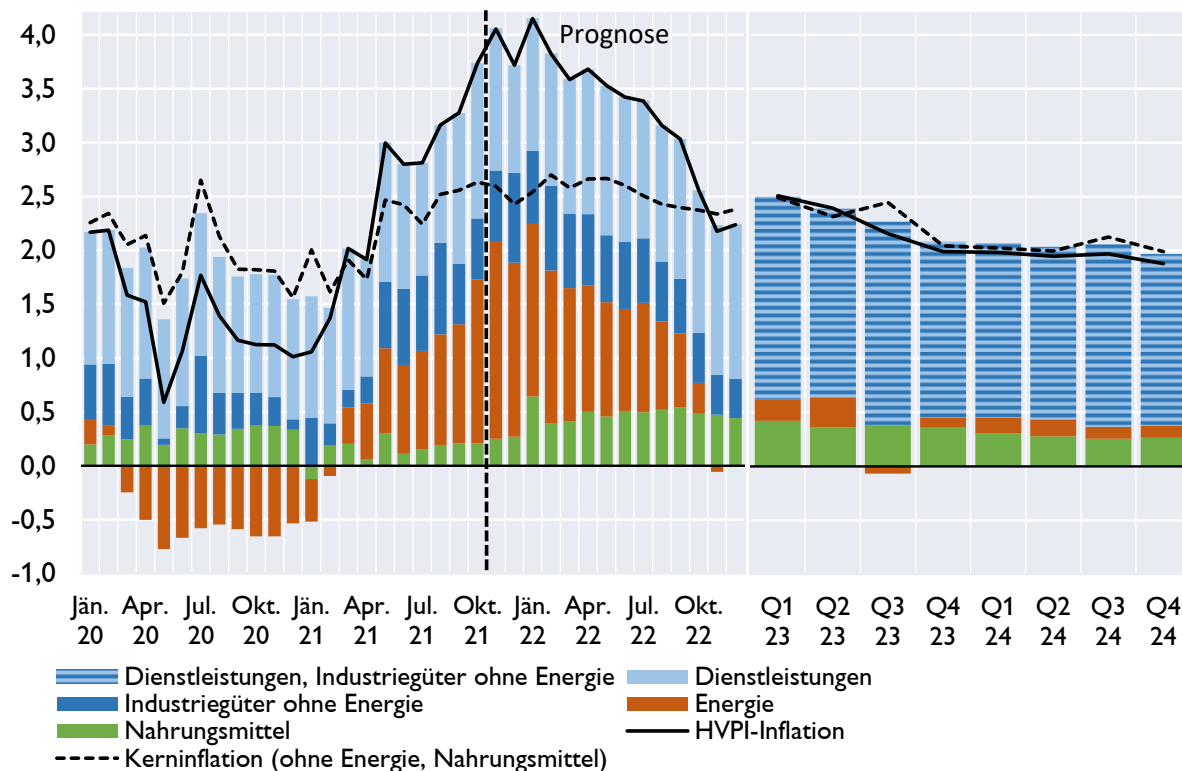
---

<sup>7</sup> Diese Inflationsprognose ist eine Aktualisierung der OeNB-Inflationsprognose im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Prognose der OeNB vom Dezember 2021, wobei die neuesten HVPI-Detaildaten für November 2021 einbezogen wurden. Entwicklungen, die nach dem 17.12.2021 stattfanden, wurden in der Prognose nicht berücksichtigt.



## Beiträge der Komponenten zur HVPI-Inflation

Inflationsraten in %; Inflationsbeiträge der Komponenten in Prozentpunkten



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Gegenüber der Prognose vom September 2021 wurde die aktuelle Inflationsprognose für den gesamten Prognosezeitraum – insbesondere für 2022 – deutlich nach oben revidiert. Für 2021 betrug die Aufwärtsrevision 0,4 Prozentpunkte, für 2022 1,0 Prozentpunkte und für 2023 0,4 Prozentpunkte. Vor allem höhere Energiepreise waren für die Aufwärtsrevisionen in den Jahren 2021 und 2022 ausschlaggebend. Ähnlich hohe Revisionen waren in fast allen Euroraum-Ländern zu beobachten, da die Rohölpreise entgegen der Erwartungen höher ausfielen und auch die Rohölpreisannahmen gestiegen waren.<sup>8</sup> Hinzu kamen noch die angekündigten Preissteigerungen bei Gas und Strom, die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer, die zur Zeit der letzten Prognoserunde noch nicht bekannt war, sowie persistenterere Angebotsengpässe.

<sup>8</sup> Siehe „[Von Experten des Eurosystems erstellte gesamtwirtschaftliche Projektionen für das Euro-Währungsgebiet](#)“ der EZB vom Dezember 2021, Kapitel 3.

## Annahmen der OeNB-Inflationsprognose vom Dezember 2021

	Annahmen Dezember 2021					Revisionen gegenüber September 2021		
	2020	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023
<b>Energie und Wechselkurse</b>						in %		
Erdölpreis (EUR/Barrel Brent)	37,0	60,8	68,5	63,9	61,3	7,0	20,0	17,6
US-Dollar-Euro-Wechselkurs	1,1	1,2	1,1	1,1	1,1	-0,8	-4,0	-4,0
<b>Nichtenergetische Rohstoffpreise</b>						in %		
	Index 2005 = 100							
Gesamt	134,5	180,7	191,1	186,9	183,0	-2,0	-0,6	-0,9
davon Weltmarktpreise für Nahrungsmittel	148,3	186,0	203,1	197,6	192,0	-0,4	5,4	6,6
davon Weltmarktpreise für metallische Rohstoffe	123,8	176,9	182,9	179,3	176,3	-5,3	-7,2	-7,8
<b>EU-Erzeugerpreise Nahrungsmittel</b>	110,5	125,5	139,5	138,4	x	3,7	16,2	16,8
<b>Zinsen</b>						in Prozentpunkten		
Drei-Monats-Zinssatz	-0,5	-0,5	-0,5	-0,2	0,0	-0,1	0,0	0,3
Rendite 10-jähriger Bundesanleihen	-0,2	-0,1	0,2	0,3	0,5	0,1	0,3	0,3

Quelle: Eurosystem.

Anmerkung: Dezember 2021 (Informationen bis zum 26.11.2021 wurden berücksichtigt); September 2021 (Informationen bis zum 16.08.2021 wurden berücksichtigt).

Tabelle 1 zeigt die wichtigsten externen Annahmen der Prognose in Bezug auf Rohstoffpreise, Wechselkurse und Zinssätze. Diese wurden im Rahmen der EZB-Prognose vom Dezember 2021 festgelegt. Beim erwarteten Verlauf für die Rohölpreise wird davon ausgegangen, dass der Höhepunkt bei Gesamtjahresbetrachtung im Jahr 2022 erreicht wird und die Rohölpreise ab 2023 wieder leicht zurückgehen werden. Gegenüber der Inflationsprognose vom September 2021 wurden die Rohölpreise über den gesamten Prognosehorizont nach oben revidiert. Für nichtenergetische Rohstoffpreise fand eine leichte Abwärtsrevision statt. Auch hier wird der Höhepunkt der durchschnittlichen jährlichen Preisentwicklung im Jahr 2022 erwartet. Der Euro wertete gegenüber dem US-Dollar im Vergleich zur Projektion vom September 2021 leicht ab, während die langfristigen Zinssätze nach oben revidiert wurden. Hinsichtlich der pandemischen Entwicklung geht die OeNB davon aus, dass vor allem zu Jahresbeginn weitreichende Eindämmungsmaßnahmen vor allem bei den tourismusnahen Dienstleistungen sowie Beherbergung und Gastronomie, aber auch bei Sportveranstaltungen und Kulturdienstleistungen, bestehen bleiben werden. Mit deren Auslaufen wird sich die Wirtschaft jedoch wieder rasch erholen. Weitere Details zu den pandemischen Annahmen und deren erwarteter Auswirkung auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung können der aktuellen OeNB-Publikation „Gesamtwirtschaftliche Prognose der OeNB für Österreich 2021 bis 2024“<sup>9</sup> entnommen werden.

## 2.1 Energiepreisbedingter Inflationsdruck wird Ende 2022 deutlich nachlassen

Entsprechend den Rohölpreis-Futures lagen die Rohölpreisnotierungen in EUR zur Zeit der Dezember-Prognose 2021 beinahe 20 % über den Rohölpreisannahmen der September-Prognose 2021. Die Preissteigerungen bei energetischen Rohstoffen hoben (auch aufgrund von Basiseffekten wegen des rapiden Rohölpreisverfalls im Vorjahr) die Jahresinflation von Energie im Jahr 2021 auf 10,9 % an (2020: -5,9 %). Laut den gegenwärtigen Terminnotierungen ist in den

<sup>9</sup> <https://www.oenb.at/Geldpolitik/Konjunktur/gesamtwirtschaftliche-prognose.html>.

kommenden Monaten nur bei Rohöl eine Entspannung zu erwarten. Die Notierungen der Großhandelspreise für Gas und Elektrizität werden vorerst auf hohem Niveau bleiben bzw. sogar noch weitersteigen und erst im zweiten Quartal 2022 sinken. Einige der größten Strom- und Gasanbieter kündigten Preissteigerungen für Dezember 2021 und Jänner 2022 an. Ab Juli 2022 wird die Einführung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung hinzukommen, die zu einer Erhöhung der Verbraucherpreise für Benzin, Diesel, Heizöl und Gas beitragen wird.<sup>10</sup> Infolgedessen wird die Jahresinflation von Energie auch für 2022 noch 10,5 % betragen. Erst für das Jahr 2023 wird ein Rückgang der Energiepreisinflation auf 1,7 % erwartet.

Tabelle 2

### OeNB-Inflationsprognose vom Dezember 2021

	Prognose					Revisionen gegenüber September 2021		
	2020	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023
	Veränderung zum Vorjahr in %					in Prozentpunkten		
HVPI-Inflation	1,4	2,8	3,2	2,3	2,0	0,4	1,0	0,4
Nahrungsmittel insgesamt	2,0	1,0	2,9	2,2	1,8	0,1	0,8	0,9
davon unverarbeitete Nahrungsmittel	3,2	2,1	2,7	x	x	0,3	0,5	x
davon verarbeitete Nahrungsmittel	1,8	0,8	2,9	x	x	0,0	0,9	x
Industriegüter ohne Energie	1,2	1,8	1,9	x	x	0,1	0,1	x
Energie	-5,9	10,9	10,5	1,7	1,8	2,6	8,9	1,9
Dienstleistungen	2,5	2,5	2,9	x	x	0,2	0,3	x
HVPI ohne Energie	2,0	2,1	2,6	2,3	2,1	0,1	0,3	0,3
HVPI ohne Energie und Nahrungsmittel	2,0	2,3	2,5	2,4	2,1	0,2	0,2	0,2
<b>Inflationsbeitrag des öffentlichen Sektors</b>	in Prozentpunkten					in Prozentpunkten		
Gesamt	0,2	0,2	0,4	0,4	0,3	0,0	0,2	0,1
davon indirekte Steuern	0,0	0,0	0,2	0,2	0,1	0,0	0,2	0,2
davon administrierte Preise	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,0	0,0	0,0

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Anmerkung: Der gesamte Inflationsbeitrag des öffentlichen Sektors wurde auf der Basis von gerundeten Teilbeiträgen ermittelt.

Die Inflationsrate von *Dienstleistungen* blieb im Jahr 2021 mit 2,5 % in etwa gleich hoch wie im Vorjahr. Der zuletzt beobachtete starke Anstieg der Dienstleistungsinflation wird zu Jahresbeginn 2022 aufgrund der pandemischen Entwicklung vorübergehend gebremst. Mit Auslaufen der Eindämmungsmaßnahmen wird jedoch eine erneute Beschleunigung der Inflationsrate für tourismusnahe Dienstleistungen erwartet. Insgesamt rechnet die OeNB somit für das Jahr 2022 mit einer Zunahme der Dienstleistungsinflation auf 2,9 %, da die zu erwartende starke Nachfrage den Unternehmen die Möglichkeit zu Preiserhöhungen bieten wird. In der aktuellen Prognose gehen wir davon aus, dass die Kosten für die Rücknahme der Mehrwertsteuersenkung im Jahr 2022 nicht über die bereits beobachteten Preissteigerungen hinaus an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben werden.<sup>11</sup>

<sup>10</sup> Siehe Kasten 1 zu den Inflationseffekten der CO<sub>2</sub>-Bepreisung.

<sup>11</sup> Zum einen wurde von der Regierung explizit angeführt, dass weder die Mehrwertsteuersenkung noch deren Rücknahme an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben werden sollte. Zum anderen konnte im Vereinigten Königreich bei der Rücknahme einer ähnlichen Hilfsmaßnahme bei Restaurantdienstleistungen im Oktober 2021 kein außergewöhnlich hoher Inflationsanstieg beobachtet werden, was auf einen geringen Übertragungsgrad schließen lässt.

Die Inflationsrate von *Industriegütern ohne Energie* ist seit Sommer 2021 stark angestiegen und lag im Jahr 2021 bei etwa 1,8 %. Lieferengpässe sowie die Nachwirkungen vergangener Lieferkettenunterbrechungen werden auch im Jahr 2022 weiterhin für Preisdruck sorgen. Da sich die bestehenden Angebotsengpässe gemäß den aktuellen Annahmen erst ab Jahresmitte 2022 allmählich auflösen werden, wird für 2022 eine Jahresinflationsrate von 1,9 % erwartet. Sollte sich die derzeitige markante Beschleunigung der Erzeuger- und Großhandelspreise in den kommenden Monaten weiterhin fortsetzen, ist davon auszugehen, dass die aktuelle Prognose die tatsächliche Inflationsentwicklung bei Industriegütern ohne Energie unterschätzt. Zudem stellen länger anhaltende Angebotsverknappungen ein Aufwärtsrisiko für die Inflationsprognose in diesem Sektor dar.

Bei *Nahrungsmitteln* (einschließlich Alkohol und Tabak) erwarten wir für das Jahr 2021 eine Teuerungsrate von 1,0 %, die sich im Jahr 2022 auf 2,9 % beschleunigen wird. Für den Inflationsanstieg sind vor allem steigende Preiserwartungen für globale Agrarrohstoffe verantwortlich, die zu einer Verteuerung importierter Nahrungsmittel führen. Zudem wird die Tabaksteuererhöhung die Inflationsrate von Nahrungsmitteln (einschließlich Alkohol und Tabak) im Jahr 2022 um 0,2 Prozentpunkte anheben. Im Jahr 2023 wird die Inflationsrate für Nahrungsmittel auf 2,2 % zurückgehen, da die Inflationseffekte der Tabaksteueranhebung auslaufen werden. Außerdem wird der angenommene Rückgang der globalen Agrarrohstoffpreise im Jahr 2023 die Inflationsrate im Nahrungsmittelsektor dämpfen.

## Die Auswirkungen von Klimaschutzmaßnahmen auf die Energiepreise<sup>12</sup>

Der Klimawandel ist neben der COVID-19-Pandemie die größte Herausforderung unserer Zeit und mittlerweile eines der zentralen Themen nicht nur im sozialen und politischen Diskurs (Fridays for Future; European Green Deal), sondern spielt auch in der geldpolitischen Diskussion eine wichtige Rolle.<sup>13</sup> Österreich hat sich – in Abstimmung mit den europäischen Klimazielen – das ehrgeizige Ziel von CO<sub>2</sub>-Neutralität bis 2040 gesetzt. Um dies zu erreichen, sind weitreichende Schritte zur Dekarbonisierung erforderlich. Die 2021 beschlossene ökosoziale Steuerreform sieht aus diesem Grund Maßnahmen wie z. B. eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung vor. Der CO<sub>2</sub>-Preis wird die Verbraucherpreise für Treibstoffe, Gas und Heizöl anheben und somit direkte Auswirkungen auf die Inflation, insbesondere im Energiesektor, haben. Ein Teil der Energiepreisinflation, die die OeNB für 2022 und 2023 erwartet, kann folglich durch die Einführung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung erklärt werden. Nach einer kurzen Beschreibung der beschlossenen Klimaschutzmaßnahmen, geht der vorliegende Kasten der Frage nach, ob Klimaschutzmaßnahmen auch schon 2021 zum Inflationsanstieg beigetragen haben, welche Inflationseffekte in den nächsten Jahren durch den CO<sub>2</sub>-Preis konkret zu erwarten sind und wie sich die beschlossenen Klimaschutzmaßnahmen in den kommenden Jahren auf die Energiepreise und somit auf das Preisniveau allgemein auswirken werden.

### Klimaschutz im Rahmen der ökosozialen Steuerreform

Die EU hat sich im Rahmen des European Green Deal im Jahr 2019 ambitionierte Klimaziele gesetzt: CO<sub>2</sub>-Neutralität bis 2050 und eine Emissionsreduktion von –55 % bis 2030 im Vergleich zu 1990 sollen dazu beitragen, den Anstieg der Erderwärmung auf unter 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Da CO<sub>2</sub>-Emissionen maßgeblich zum Klimawandel beitragen, kommt dem CO<sub>2</sub>-Preis eine große Bedeutung als Klimaschutzmaßnahme zu.<sup>14</sup> Ein (hoher) CO<sub>2</sub>-Preis soll einen Beitrag zur Kostenwahrheit leisten, indem dafür gesorgt wird, dass die Emissionen in den Produktionsprozess eingepreist werden. Somit werden Anreize zu klimaneutralerem Konsum bzw. klimaneutralerer Produktion geschaffen.

Die EU-Klimapolitik basiert auf zwei Eckpfeilern: Dem EU-weiten Emissionszertifikatehandel (European Union Emissions Trading System – EU ETS) und den nationalen Klimaschutzmaßnahmen der Mitgliedsstaaten („Effort Sharing“). Außerdem gibt es seit 1993 EU-weite Mindeststeuersätze für Energiesteuern, die für Erdölprodukte, Erdgas und Strom gelten.<sup>15</sup>

Das EU ETS<sup>16</sup> ist ein Handelssystem für EU-Emissionszertifikate, mit denen Betriebe aus den Sektoren Energie, Produktion und Bauwesen sowie Luftverkehr das Recht erhalten, Treibhausgasemissionen in die Atmosphäre abzugeben. Die Betriebe, die vom EU ETS erfasst werden, sind für beinahe die Hälfte der anthropogenen CO<sub>2</sub>-Emissionen und ca. 40 % der Treibhausgasemissionen der EU verantwortlich. Ein Zertifikat gestattet den Ausstoß einer Tonne CO<sub>2</sub>-Äquivalent. Für jede Tonne, für die ein Unternehmen kein Zertifikat besitzt, muss es hohe Strafen zahlen. Die Zertifikate werden von den Mitgliedsstaaten nach harmonisierten Regeln vergeben und unter den Betrieben frei gehandelt. Die Anzahl der Emissionszertifikate ist begrenzt und wird jedes Jahr reduziert, um sicherzustellen, dass die Emissionen sinken.

<sup>12</sup> Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, [fabio.rumler@oenb.at](mailto:fabio.rumler@oenb.at) und [mirjam.salish@oenb.at](mailto:mirjam.salish@oenb.at). Der Kasten beruht auf einem Beitrag von A. Breitenfellner, F. Fritzer, D. Prammer, F. Rumler und M. Salish zu den Inflationseffekten des Klimawandels, der 2022 in der OeNB-Publikation „Monetary Policy & The Economy“ erscheinen wird.

<sup>13</sup> Die EZB hat sich im Rahmen ihrer neuen geldpolitischen Strategie dazu verpflichtet, Klimaschutzaspekte stärker in ihren geldpolitischen Handlungsrahmen einfließen zu lassen. Siehe dazu die Presseaussendung „EZB präsentiert Maßnahmenplan zur Berücksichtigung von Klimaschutzaspekten in ihrer geldpolitischen Strategie“ vom 8. Juli 2021.

<sup>14</sup> CO<sub>2</sub> ist für rund 80 % der Treibhausgasemissionen in Europa und den USA verantwortlich.

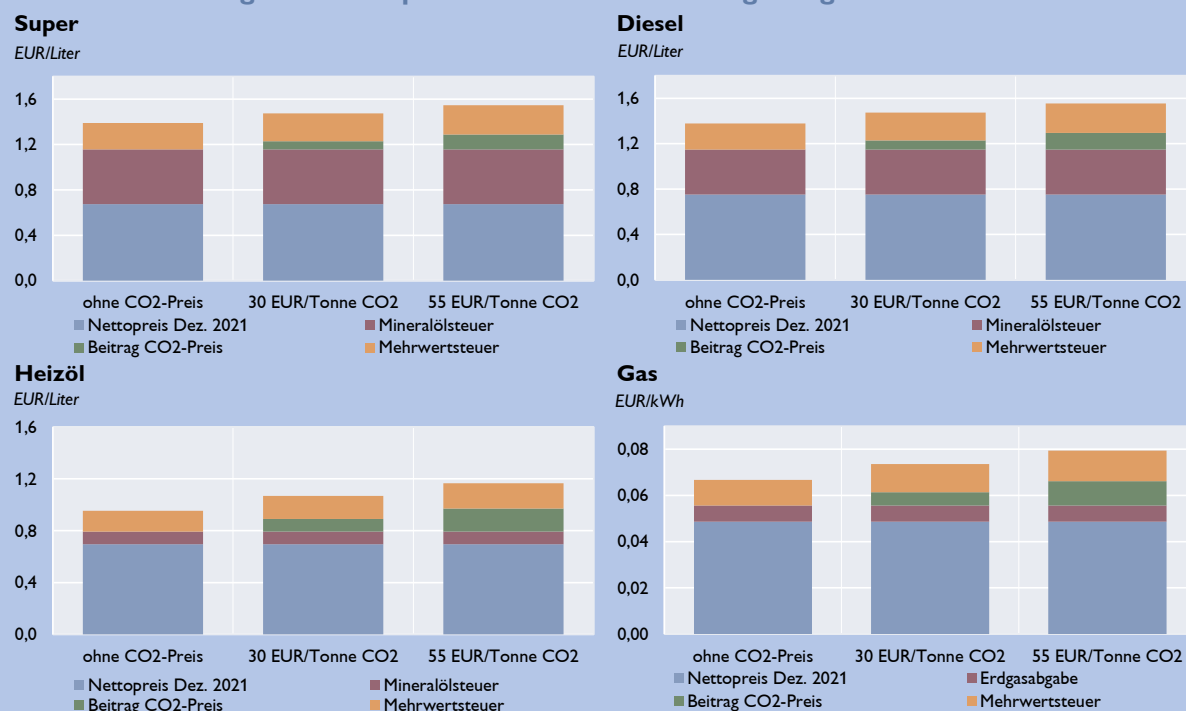
<sup>15</sup> Unter die Energiesteuern fallen z. B. die Mineralölsteuer, die Erdgasabgabe oder die Elektrizitätsabgabe. Zusammengefasst betrugen die Energiesteuern im Jahr 2020 rund 2,85 % aller österreichischen Steuer- und SV-Einnahmen (bzw. 1,2 % des BIP).

<sup>16</sup> Siehe die [Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates](#).

Komplementär zum ETS werden im Rahmen des „Effort Sharing“ Klimaschutzmaßnahmen in den einzelnen Mitgliedsstaaten für jene Sektoren beschlossen, die nicht vom EU ETS erfasst werden. Im Zuge der ökosozialen Steuerreform beschloss Österreich, eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung für eben diese Sektoren einzuführen. Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung funktioniert wie eine Energiesteuer und wird direkt je nach Emissionsgehalt verschiedener Energieträger eingehoben. So ist der CO<sub>2</sub>-Preis für Diesel höher als jener für Benzin, da Diesel bei der Verbrennung mehr CO<sub>2</sub> freisetzt als Benzin.

Grafik I K1

### Zusammensetzung der Bruttopreise verschiedener Energieträger



Der CO<sub>2</sub>-Preis wird ab Juli 2022 mit einem Startpreis von 30 EUR pro Tonne CO<sub>2</sub> eingehoben. Dieser Preis wird dann schrittweise zum jeweils Jahresersten angehoben, bis der Preis pro Tonne CO<sub>2</sub> bei 55 EUR im Jahr 2025 liegen wird.<sup>17</sup> Danach wird der CO<sub>2</sub>-Preis durch ein nationales System ähnlich des ETS oder das europaweite ETS bestimmt werden. Die CO<sub>2</sub>-Steuer wird als Aufschlag auf den Nettopreis in Cent pro Liter (bzw. für Gas pro kWh) eingehoben und betrifft die Preise für Benzin, Diesel, Heizöl und Erdgas. Da der Emissionsgrad von CO<sub>2</sub> variiert, gestaltet sich auch der Preisaufschlag auf den jeweiligen Energieträger unterschiedlich. Grafik I K1 zeigt die Zusammensetzung der Bruttopreise für Super, Diesel, Heizöl und Erdgas basierend auf aktuellen Nettopreisen jeweils ohne CO<sub>2</sub>-Preis, für einen CO<sub>2</sub>-Preis von 30 EUR pro Tonne CO<sub>2</sub> sowie für einen CO<sub>2</sub>-Preis von 55 EUR pro Tonne CO<sub>2</sub>. Bei Treibstoffen zeigt sich, dass der Beitrag des neuen CO<sub>2</sub>-Preises im Vergleich zur bereits bestehenden Mineralölsteuer gering ist.

### Klimaziele spielten bei der Energiepreisentwicklung im Jahr 2021 nur eine untergeordnete Rolle

Die HVPI-Inflation in Österreich nahm im Laufe des vergangenen Jahres von 1,1 % im Jänner auf 4,1 % im November 2021 zu. Über zwei Drittel des Inflationsanstiegs der HVPI-Gesamtinflation im letzten Jahr war auf die Energiepreise zurückzuführen. Nicht nur Treibstoffpreise legten in Folge der Preissteigerungen bei Rohöl

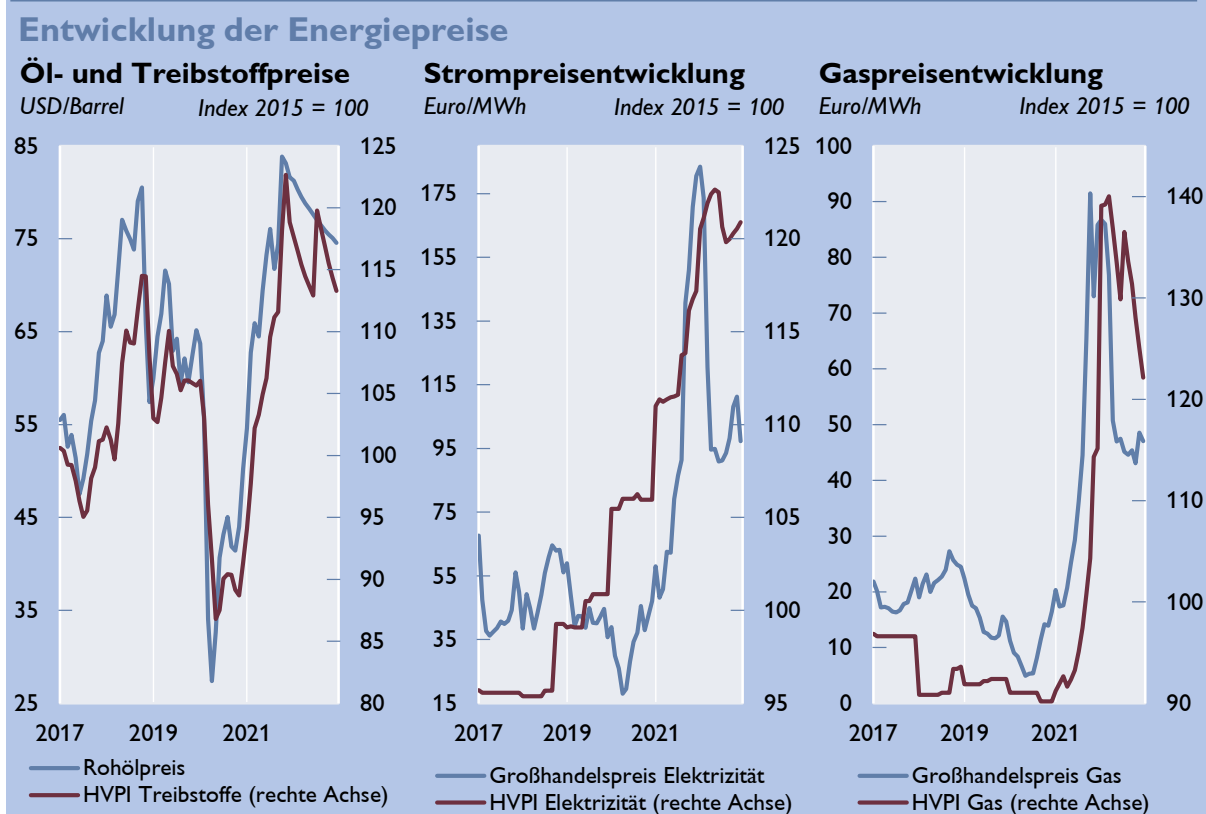
<sup>17</sup> Dabei ist ein Ausgleichsmechanismus eingebaut: Falls die Energiepreisinflation gemessen am fossilen Energiepreisindex für private Haushalte in den ersten drei Quartalen des jeweiligen Vorjahres 12,5 % übersteigen wird, wird die Erhöhung um 50 % reduziert. Sollte die Energiepreisinflation geringer als –12,5 % sein, wird die Erhöhung um 50 % angehoben („Preisstabilitätsmechanismus“).



deutlich zu, auch die Verbraucherpreise von Strom und Gas stiegen in den vergangenen Monaten markant an. Folglich lag die Energiepreisinflation im Jahr 2021 (Jänner bis November) bei etwa 10 %.

Worauf ist die Energiepreisentwicklung im Jahr 2021 zurückzuführen? Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung und der zunehmenden Öffnung nach pandemiebedingten Lockdowns nahm die Energienachfrage im Laufe des Jahres stark zu. Die Gasnachfrage stieg im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs an und wurde durch einen besonders kalten und langen Winter 2021 in der nördlichen Hemisphäre verschärft. Dies führte dazu, dass sich die Großhandelspreise für Gas im Laufe des Jahres 2021 fast vervierfacht haben (Grafik 2 KI). Nicht nur die stark gestiegene Nachfrage, sondern auch angebotsseitige Beschränkungen trugen zur Anhebung der Energiepreise bei. Die OPEC+<sup>18</sup> reagierte auf die gestiegene Nachfrage nur langsam mit einer Ausweitung der Fördermenge, wobei das Gasangebot aus Norwegen und Russland 2021 vergleichsweise gering war. Die hohen Inflationsraten der Energiepreise im Jahr 2021 kamen aber auch zustande, weil die Rohölpreise infolge des pandemiebedingten Konjunkturerinbruchs im Jahr 2020 stark zurückgegangen waren und sich somit im Jahresvergleich ein großer Unterschied ergab (sogenannter Basiseffekt).

Grafik 2 KI



Quelle: OeNB, EZB, Statistik Austria.

Preisanstiege bei Rohöl werden beinahe unmittelbar und vollständig auf die Verbraucherpreise von Treibstoffen übertragen. Bei Strom und Gas hingegen findet die Übertragung von Großhandelspreisen auf die Verbraucherpreise nicht unmittelbar statt und hängt vom Anteil an flexiblen Energielieferverträgen bzw. regulierten Preisen ab. Im Fall von Strom ist die Übertragung nicht nur verzögert, sondern auch unvollständig (Grafik 2 KI). Hier hängt der Übertragungsgrad stark vom Energiemix ab. Zudem beeinflussen die Großhandelspreise für Gas und die ETS-Preise die Verbraucherpreise für Strom, da Gas auch zur Stromgewinnung eingesetzt wird. Die ETS-Preise stiegen im Laufe des Jahres 2021 ebenfalls stark an und trugen in anderen EU-Ländern (wie z. B. Spanien oder den Niederlanden) zur starken Zunahme der Strompreise bei. Ein Mitgrund für den starken Anstieg der ETS-Preise dürfte die erwartete Nachschärfung der

<sup>18</sup> OPEC-Länder + Nicht-OPEC-Staaten Russland, Kasachstan, Mexiko und Oman.

Klimaziele sein, da Emissionszertifikate auch für zukünftige Verpflichtungen genutzt werden können. In Österreich haben die gestiegenen ETS-Preise für die Strompreise hingegen kaum eine Rolle gespielt, da der Anteil erneuerbarer Energien (insbesondere Wasserkraft) an der Stromproduktion bei etwa 80 % liegt und somit im europäischen Vergleich sehr hoch ist.<sup>19</sup> Klimaziele dürften daher für die Energiepreisentwicklung in Österreich im Jahr 2021 nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben.

### **Die Inflationseffekte des CO<sub>2</sub>-Preises**

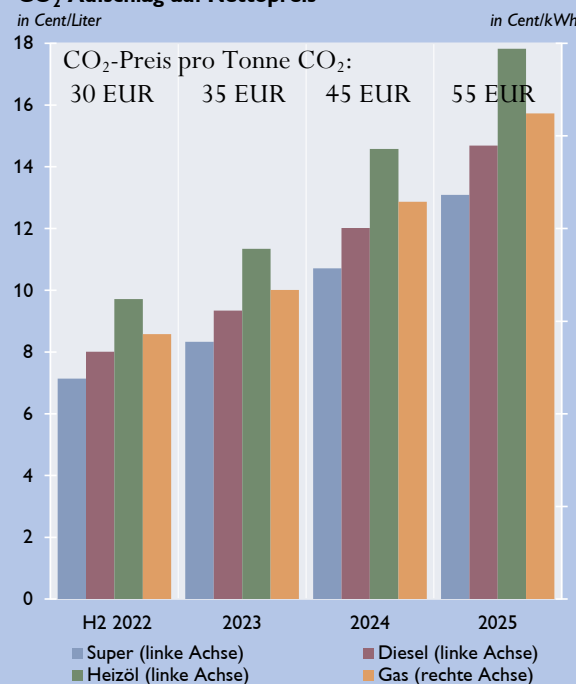
Für 2022 erwartet die OeNB eine durchschnittliche Inflationsrate für Energie von 10,5 %; und das, obwohl der inflationstreibende Basiseffekt niedriger vergangener Energiepreise sukzessive auslaufen wird und die Rohölpreise annahmegemäß auch weiterhin nicht ansteigen werden. Ein Teil der Energiepreisinflation wird auf die Einführung eines CO<sub>2</sub>-Preises mit Juli 2022 zurückzuführen sein. Bei vielen Produkten oder Dienstleistungen besteht für Konsumentinnen und Konsumenten die Möglichkeit, bei starken Preissteigerungen auf alternative Produkte auszuweichen oder einfach weniger zu konsumieren. Dies ist bei Personenverkehr oder Heizen jedoch oft nicht so einfach möglich. Dementsprechend kann davon ausgegangen werden, dass der gesamte CO<sub>2</sub>-Preis auf die Verbraucherpreise überwälzt wird.

Unter der Annahme einer vollständigen und unmittelbaren Übertragung wird der CO<sub>2</sub>-Preis die Energiepreisinflation im Jahr 2022 um etwa 2 Prozentpunkte anheben. Gewichtet mit dem Anteil von Energie am HVPI-Warenkorb bedeutet das einen Effekt auf die HVPI-Inflation von etwa 0,15 Prozentpunkten (Grafik 3 KI, rechte Abbildung). Die jährliche Inflationsrate wäre somit ohne Einführung des CO<sub>2</sub>-Preises um etwa 0,15 Prozentpunkte niedriger. Da der CO<sub>2</sub>-Preis erst ab Jahresmitte 2022 eingeführt werden wird und mit Jahresbeginn 2023 um weitere 5 EUR pro Tonne CO<sub>2</sub> angehoben werden wird, ist für 2023 ein noch stärkerer Effekt auf die Inflationsrate zu erwarten: 2,7 Prozentpunkte auf die Energiepreisinflation und 0,2 Prozentpunkte auf die HVPI-Inflation. Ohne CO<sub>2</sub>-Preis wäre die Energiepreisinflation laut OeNB-Prognose im Jahr 2023 negativ. 2024 und 2025 wird der Inflationseffekt durch den CO<sub>2</sub>-Preis immerhin noch 0,1 Prozentpunkt für die HVPI-Gesamtinflation und 1,3 Prozentpunkte für die Energieinflation betragen. Der österreichische Durchschnittshaushalt hat 2025 durch den CO<sub>2</sub>-Preis mit Mehrkosten von etwa 140 EUR für Treibstoffe und 230 EUR für Heizen mit Gas zu rechnen.<sup>20</sup>

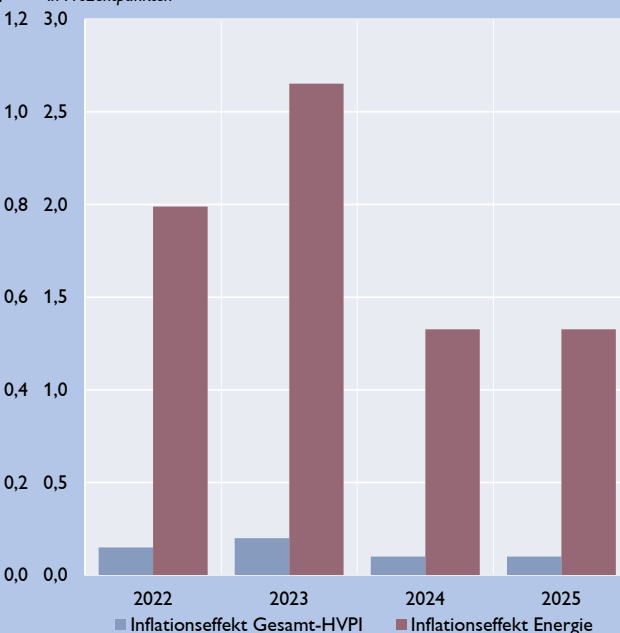
Für das Jahr 2022 erklärt der CO<sub>2</sub>-Preis somit in etwa ein Fünftel der gesamten Energiepreisinflation. Der größte Teil der erwarteten Inflationsentwicklung der HVPI-Energiekomponente wird durch die Rohölpreisannahmen bestimmt, die von den Terminpreisnotierungen von Rohöl abgeleitet werden. Diese sind bereits seit Jahresbeginn 2022 rückläufig, während die Großhandelspreis-Futures für Gas und Strom erst ab dem zweiten Quartal 2022 deutlicher zurückgehen werden. Einige der großen Strom- und Gasanbieter haben für Jänner 2022 erhebliche Preissteigerungen angekündigt, was hauptsächlich auf die aktuelle Entwicklung der Großhandelspreise zurückzuführen sein dürfte. Allerdings könnten auch Vorzieheffekte eine Rolle spielen, da nicht alle Verträge so flexibel gestaltet sind, dass die CO<sub>2</sub>-Bepreisung ab Juli auch zu diesem Zeitpunkt an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben werden kann. Um dem energiepreisgetriebenen Preisauftrieb entgegenzuwirken, wurde der Ökostrombeitrag temporär ausgesetzt. Die anderen beschlossenen Ausgleichsmechanismen wie z. B. der regional gestaffelte Klimabonus oder der Mitte Dezember 2021 beschlossene Teuerungsausgleich werden keinen direkten Inflationseffekt haben.

<sup>19</sup> Siehe „[Stromerzeugung in Österreich 2020](#)“ der Wien Energie GmbH.

<sup>20</sup> Den Berechnungen liegen die Annahmen eines jährlichen Gasverbrauchs von ca. 18 200 kWh zugrunde sowie eine PKW-Nutzung von 12 000 km pro Jahr mit einem Verbrauch von 7 Liter pro 100 km.

Effekte der CO<sub>2</sub>-BepreisungCO<sub>2</sub>-Aufschlag auf NettopreisInflationseffekte der CO<sub>2</sub>-Bepreisung

in Prozentpunkten



Quelle: OeNB.

Klimaschutzmaßnahmen im Allgemeinen und die CO<sub>2</sub>-Bepreisung im Besonderen haben nicht nur direkte Effekte auf die Inflationsrate, wie jene die oben dargestellt sind. Die Preise für fossile Energieträger wie Kohle, Öl oder Gas werden im Laufe der nächsten Jahre weiter ansteigen: Das EU ETS soll in Zukunft noch mehr Sektoren umfassen, und ein höherer Reduktionsfaktor wird den CO<sub>2</sub>-Preis weiterhin erhöhen. Vor allem in der Übergangsphase, in der erneuerbare Energiequellen noch nicht ausreichend erschlossen sein werden, um den gesamten Energiebedarf zu decken, werden fossile Energieträger (insbesondere Gas) eine wichtige Rolle spielen. Höhere Energiepreise wirken auch indirekt auf andere Komponenten des HVPI. So könnte beispielsweise ein Anstieg der Energie-Inputkosten die Erzeugerpreise in die Höhe treiben, was wiederum die Verbraucherpreise von langlebigen Konsumgütern anheben wird. Mittelfristig sollten die Preise für erneuerbare Energien jedoch zurückgehen, wodurch der inflationstreibende Effekt der CO<sub>2</sub>-Bepreisung nachlassen wird.

## Schlussfolgerungen

Die im Rahmen der ökosozialen Steuerreform beschlossenen Klimaschutzmaßnahmen werden in den nächsten Jahren einen messbaren inflationstreibenden Effekt haben. Wie stark der Einfluss genau sein wird, hängt von einem möglichen Lenkungseffekt der Maßnahmen ab, von der dadurch verursachten Verschiebung der Gewichte der Energieprodukte im HVPI, von den flankierenden Maßnahmen der Regierung (z. B. geringerer CO<sub>2</sub>-Preisanstieg bei starken Energiepreisteigerungen oder Aussetzen des Ökostrombeitrags), vom Ausbau erneuerbarer Energiequellen bzw. Investitionen in grüne Technologien, von möglichen „grünen“ Lieferengpässen (kurzfristige Engpässe durch starke Nachfrage nach relevanten Rohstoffen wie Lithium, Kupfer etc.) und von den Entwicklungen der Rohöl- und Großhandelspreise von Strom und Gas. Dies bedeutet jedoch nicht, dass bei Ausbleiben der Maßnahmen die Inflation mittelfristig niedriger wäre. Der Klimawandel selbst hat ebenfalls mittelbare und unmittelbare Auswirkungen auf die Inflation. Häufigere Extremwetterereignisse (z. B. Hitzeperioden, Dürren, Überschwemmungen) könnten beispielsweise Preisschwankungen in der Nahrungsmittelproduktion auslösen, die Arbeitsproduktivität senken oder Schäden an der Infrastruktur bewirken und so die globalen Transportwege behindern. Diese Effekte sind zwar schwer zu quantifizieren, würden aber langfristig – bei einem fortschreitenden Klimawandel ohne Gegensteuern – wohl die unmittelbaren Inflationseffekte der Klimaschutzmaßnahmen übersteigen.

### 3 Erklärungsfaktoren für die aktuelle Preisentwicklung

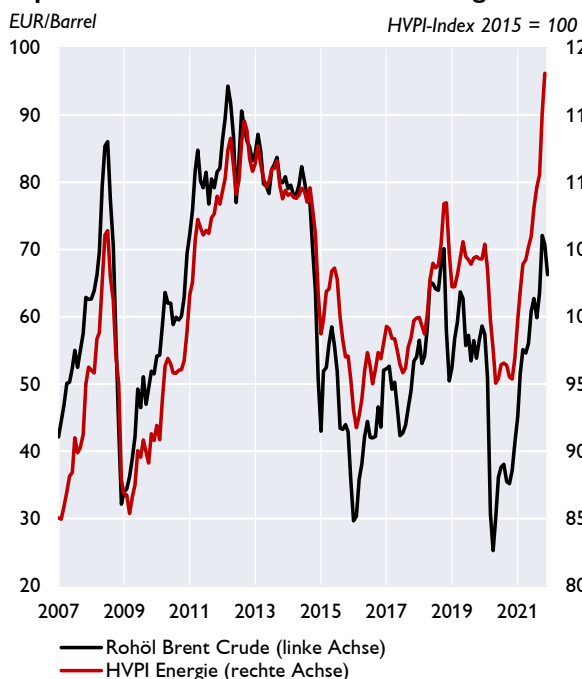
#### 3.1 Anstieg der Rohstoffpreise flachte sich zuletzt ab

Zu Beginn der COVID-19-Pandemie und der damit einhergehenden weltweiten Rezession fiel der Rohölpreis im Frühjahr und Sommer 2020 phasenweise unter 30 EUR je Barrel. Seit Herbst 2020 legte der Rohölpreis im Zuge der konjunkturellen Erholung wieder beträchtlich zu und stieg bis Oktober 2021 wieder auf rund 72 EUR je Barrel. Damit hat er sich im Vergleich zum Wert des Vorjahresmonats beinahe verdoppelt und lag auch um rund 25 % über dem Wert vor der COVID-19-Pandemie zu Beginn des Jahres 2020. Seit November 2021 verzeichnete der Ölpreis wieder einen Rückgang, der durch die Entscheidung der OPEC<sup>21</sup>, die Ölförderung trotz weltweiter Konjunktursorgen infolge der Omikron Variante ab Beginn 2022 maßgeblich auszuweiten, befeuert wurde. Im Dezember wurde ein Rückgang des Rohölpreises auf durchschnittlich 66 EUR je Barrel verzeichnet. *Parallel mit dem Anstieg des Rohölpreises bis Oktober 2021 nahm auch der Preisindex der Energiekomponente im österreichischen HVPI im abgelaufenen Jahr deutlich zu (Grafik 2, linke Abbildung), sodass die Energiepreise des HVPI im letzten Berichtsmonat November 2021 um 23,8 % über ihrem Vorjahreswert lagen.*

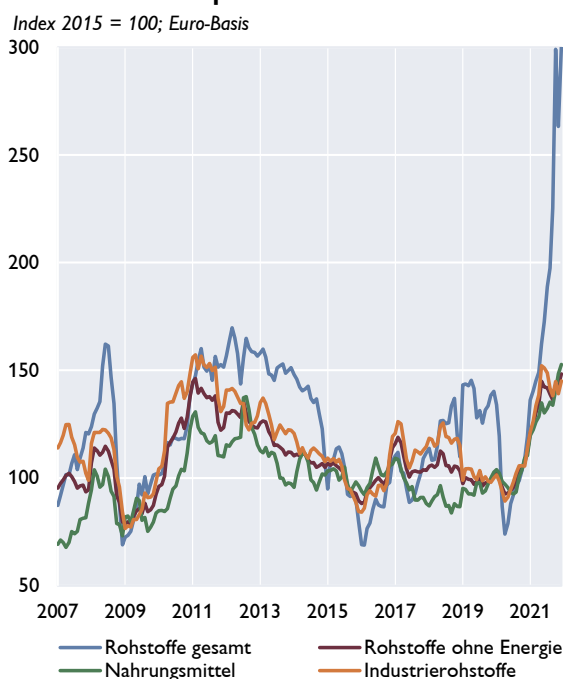
Grafik 2

#### Rohstoffpreise

##### Ölpreis und österreichischer HVPI Energie



##### HWWI-Rohstoffpreisindex



Quelle: Macrobond, Eurostat, HWWI.

Auch der HWWI<sup>22</sup>-Preisindex für die gesamten Rohstoffe stieg seit Mitte 2020 markant an und flachte sich seit November 2021 wegen neuer Konjunktursorgen etwas ab. Diese Entwicklung zeigte sich nicht nur bei Energierohstoffen, sondern auch bei den Rohstoffen ohne Energie, die sich aufgrund der

<sup>21</sup> Organization of the Petroleum Exporting Countries (Allianz der Erdöl exportierenden Länder).

<sup>22</sup> Hamburgisches Weltwirtschaftsinstitut.

zunehmenden globalen Nachfrage und angebotsseitiger Faktoren (z. B. bei Holz und Kupfer) bis Oktober 2021 markant verteuerten und danach nur mehr wenig stiegen. Bei Industrierohstoffen etwa stiegen die Preise von Mitte 2020 bis Oktober 2021 um etwa 50 % und sind seither auf diesem Niveau stagniert (Grafik 2, rechte Abbildung). Bei Nahrungsmittelrohstoffen hingegen dauert die Preiserhöhung noch an und beträgt seit Mitte 2020 etwa 60 %.

### 3.2 Starker Anstieg der Importpreise bei gleichzeitiger Abwertung des Euro

Nach einem Rückgang der Importpreise in den letzten beiden Jahren verzeichnete der Importdeflator (laut VGR<sup>23</sup>) im Vorjahresvergleich in den ersten drei Quartalen 2021 wieder eine kräftige Zunahme. Insbesondere bei Waren beschleunigte sich die Jahreswachstumsrate der Importpreise bis zum dritten Quartal deutlich auf 7,0 %, während die Wachstumsrate der Dienstleistungsimporte mit 4 % vergleichsweise weniger stark zulegte (Grafik 3, linke Abbildung). Verantwortlich dafür waren der Preisauftrieb bei energetischen und nichtenergetischen Rohstoffen sowie pandemiebedingte Liefer- und Materialengpässe.

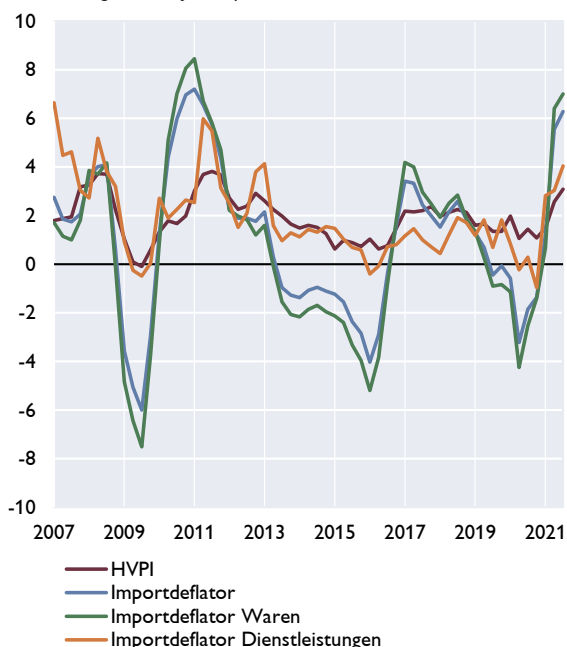
Nach einer Aufwertung des Euro-Wechselkurses im Jahr 2020 gab der Euro seit dem Frühjahr 2021 wieder etwas nach. Seit Mai 2021 wertete der bilaterale Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar um rund 7 % ab und lag im Dezember 2021 bei 1,13 USD je EUR. Der nominell-effektive Wechselkurs Österreichs<sup>24</sup> wertete im selben Zeitraum ebenso ab; allerdings etwas weniger stark als der bilaterale Wechselkurs zum US-Dollar (Grafik 3, rechte Abbildung).

Grafik 3

#### Importpreise und Wechselkurse

##### Importdeflator und HVPI

Veränderung zum Vorjahresquartal in %



Quelle: WIFO, Statistik Austria, Macrobond.

##### Wechselkurse

Index (Q1 99 = 100)

USD je EUR



<sup>23</sup> Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.

<sup>24</sup> Der nominell-effektive Wechselkurs wird von der EZB aus den bilateralen Wechselkursen gegenüber den 38 wichtigsten Handelspartnern Österreichs berechnet, gewichtet mit den jeweiligen Außenhandelsanteilen für den Sachgüterbereich.

### 3.3 Starker Preisauftrieb auf Produzenten- und Großhandelsebene

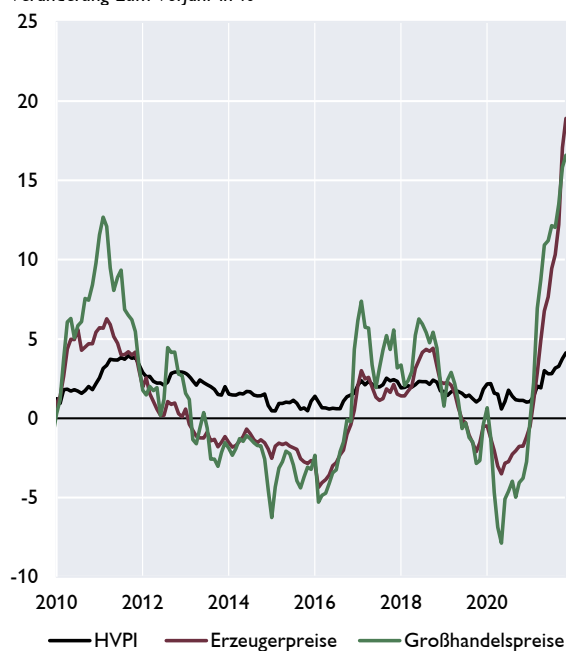
Auf den vorgelagerten Produktionsstufen war seit Mai 2021 der Preisdruck markant gestiegen. So erhöhte sich die Jahresänderungsrate des Erzeugerpreisindex für im Inland abgesetzte Sachgüter<sup>25</sup> von  $-3,5\%$  im Mai auf nunmehr  $18,9\%$  im November 2021 (Grafik 4, linke Abbildung); dies markiert den höchsten Wert seit Beginn der Berechnung des Erzeugerpreisindex in Österreich im Jahr 2000. Getrieben wurde dieser Anstieg hauptsächlich von der Energiekomponente des Erzeugerpreisindex, deren Inflationsrate bis November auf rund  $34\%$  (im Jahresabstand) zulegte, aber auch die Inflationsrate der Vorleistungskomponente innerhalb des Erzeugerpreisindex nahm in den letzten Monaten markant zu und lag im November 2021 bei  $15,7\%$  (Grafik 4, rechte Abbildung). Trotz dieses Anstiegs legte die Teuerungsrate der eng mit den Konsumentenpreisen verbundenen Erzeugerpreise für Konsumgüter im Jahresverlauf 2021 nur moderat zu und lag im November 2021 bei  $2,7\%$ .

Grafik 4

#### Indikatoren der vorgelagerten Preiskette

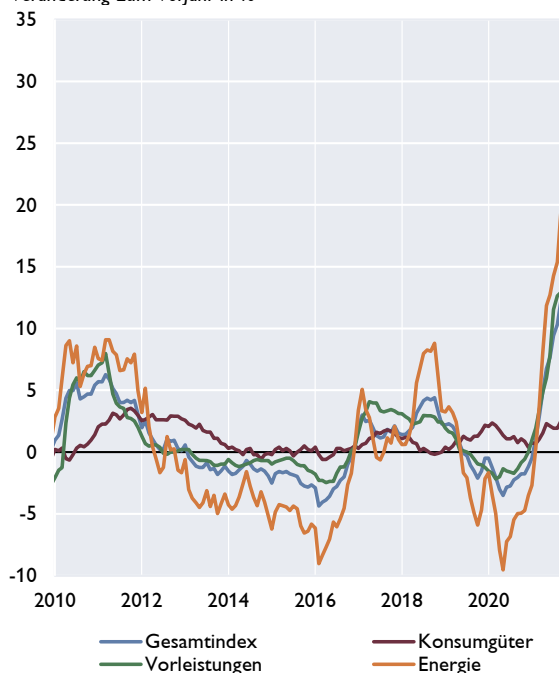
##### HVPI, Erzeugerpreise und Großhandelspreise

Veränderung zum Vorjahr in %



##### Erzeugerpreise Inlandsmarkt

Veränderung zum Vorjahr in %



Ebenso stieg die Inflationsrate des Großhandelspreisindex – ausgehend von einem negativen Wert im Mai 2021 – bis November 2021 auf  $16,2\%$  stark an. Für die Zunahme waren vor allem Altmaterialien und Reststoffe, Eisen und Stahl, Kunststoffe und Gummi sowie insbesondere Mineralölerzeugnisse ausschlaggebend. Somit ist der beträchtliche Preisdruck auf die

<sup>25</sup> Der Erzeugerpreisindex für Sachgüter erfasst die Preisentwicklung der im Inland produzierten und abgesetzten Waren (Industrie ausgenommen Baugewerbe, Abwasserentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzung).



Konsumentenpreise vonseiten der Erzeuger- und Großhandelspreise in den letzten Monaten weiterhin gestiegen.

### 3.4 Arbeitskostenindikatoren schwankten bisher in der Pandemie stark

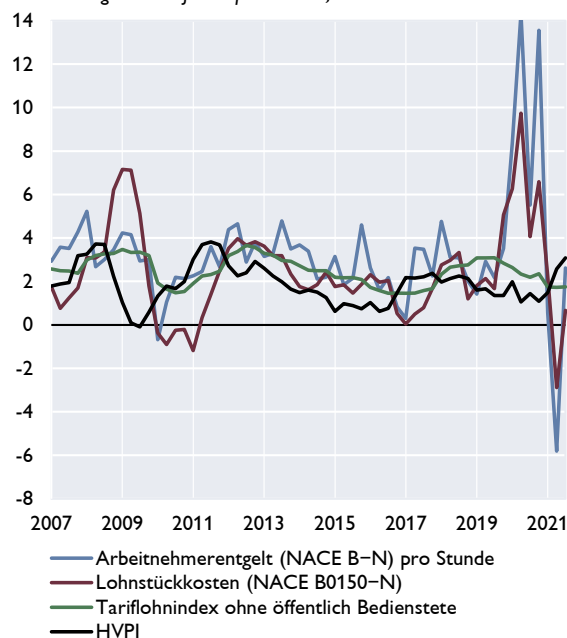
Seit Beginn der COVID-19-Pandemie hat sich das Wachstum der nominellen Lohnstückkosten in der gewerblichen Wirtschaft (NACE Sektoren B–N) ausgesprochen volatil entwickelt. Den pandemiebedingten starken Anstiegen im zweiten und vierten Quartal 2020 folgte im zweiten Quartal 2021 – auch aufgrund des Basiseffekts des starken Anstiegs im Vorjahr – ein Rückgang um –2,9 %. Im dritten Quartal 2021 wurde dann wieder eine Erhöhung der Jahreswachstumsrate auf 0,7 % verzeichnet (Grafik 5, linke Abbildung). Einen ähnlichen Verlauf wies auch das Jahreswachstum der Arbeitnehmerentgelte pro Stunde auf (d. h. starke Anstiege im Jahr 2020 und einen deutlichen Rückgang bis zum zweiten Quartal 2021, gefolgt von einem neuerlichen Anstieg im dritten Quartal). Der Informationsgehalt dieser Indikatoren wird allerdings durch die Kurzarbeitsregelungen wesentlich beeinträchtigt, da die Arbeitnehmerentgelte laut VGR auch die fiskalischen Subventionen im Rahmen der Kurzarbeit enthalten. Somit spiegelt die Entwicklung der Lohnstückkosten und der Arbeitnehmerentgelte pro Stunde in dieser Sondersituation die tatsächliche Arbeitskostenentwicklung der Unternehmen nicht korrekt wider. Rückschlüsse auf einen möglichen Preisdruck können daraus nicht abgeleitet werden. Allerdings signalisiert das moderate Jahreswachstum des Tariflohnindex (ohne öffentlich Bedienstete), das in den ersten drei Quartalen 2021 unverändert bei 1,7 % lag, einen relativ geringen Preisdruck vonseiten der Lohnkosten.

Grafik 5

#### Arbeitskostenindikatoren und Profite

##### Arbeitskostenindikatoren der Privatwirtschaft

Veränderung zum Vorjahresquartal in %; nominell



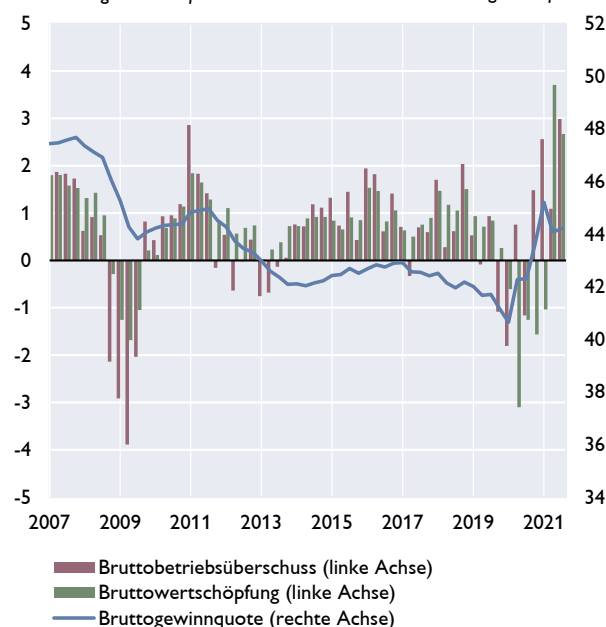
Quelle: Statistik Austria, Eurostat.

<sup>1</sup> Bruttogewinnquote = Bruttobetriebsüberschuss / Bruttowertschöpfung \* 100

##### Profitentwicklung nichtfinanzieller Unternehmen

Veränderung zum Vorquartal in %

Bruttogewinnquote<sup>1</sup>



Die *Bruttogewinnquote*<sup>26</sup> der nichtfinanziellen Unternehmen stieg von Anfang 2020 bis zum ersten Quartal 2021 auf über 45 % an und ging bis zum dritten Quartal 2021 wieder auf 44,2 % etwas zurück (Grafik 5, rechte Abbildung). Die für eine Krise ungewöhnliche Erhöhung ist darauf zurückzuführen, dass die Bruttowertschöpfung, die im Nenner der Gewinnquote steht, während der COVID-19-Pandemie vergleichsweise stärker zurückging als die Bruttobetriebsüberschüsse. Bei Letzteren verhinderten die pandemiebedingt stark gestiegenen Unternehmenssubventionen einen kräftigeren Rückgang bzw. führten sie in manchen Sektoren sogar zu einer Zunahme des Bruttobetriebsüberschusses. Ab dem zweiten Quartal 2021 stieg die Bruttowertschöpfung wieder an, wodurch die Gewinnquote etwas zurückging.

### 3.5 Kapazitätsauslastung in der Industrie wieder auf Vorkrisenniveau

Die Berechnung der Produktionslücke (Abweichung der aktuellen Produktion von ihrem Potenzial) unterliegt bereits in normalen Zeiten einer hohen Unsicherheit, da der Potenzialoutput nicht beobachtet werden kann und folglich geschätzt werden muss. In der COVID-19-Pandemie ist die Unsicherheit noch größer, weshalb die Bandbreiten der Schätzungen verschiedener Prognoseinstitute (OeNB, EK, IWF, OECD)<sup>27</sup> für den Potenzialoutput sowie die Produktionslücke für Österreich eine noch größere Streuung als üblich aufweisen (Grafik 6, linke Abbildung). Die OeNB geht in ihrer gesamtwirtschaftlichen Prognose vom Dezember 2021 davon aus, dass die wirtschaftliche Erholung nach einem vielversprechenden zweiten und dritten Quartal 2021 im vierten Quartal wegen des Lockdowns im November und Dezember wieder einen leichten Dämpfer bekommen wird. Dementsprechend wird die Produktionslücke im gesamten Jahr 2021 noch negativ bleiben und sich erst 2022 wieder annähernd schließen. Laut aktueller OeNB-Schätzung wird sie nach dem negativen Rekordwert von –6 % im Jahr 2020 im Jahr 2021 bei –3,2 % des BIP liegen und sich 2022 auf –0,8 % weiter verkleinern.

Die *Produktionsauslastung in der Konsumgüterindustrie* wies laut WIFO-Konjunkturtest pandemiebedingt im zweiten Quartal 2020 mit 67,5 % den niedrigsten Wert seit Beginn der Umfrage im Jahr 1996 auf. Seither erholte sich die Kapazitätsauslastung sukzessive und erreichte mit 84,7 % im vierten Quartal 2021 wieder das Vorkrisenniveau (Grafik 6, rechte Abbildung). Damit lag die Kapazitätsauslastung auch wieder über ihrem langfristigen Durchschnitt (Mittelwert seit 2005: 82,1 %). Innerhalb der Konsumgüterproduktion hat die Kapazitätsauslastung bei langlebigen Konsumgütern am Anfang der Pandemie am stärksten reagiert und erholte sich seither auch am stärksten wieder (auf 87,8 % im vierten Quartal 2021). Die Kapazitätsauslastung bei kurzlebigen Konsumgütern legte zwar auch zu, lag aber im vierten Quartal mit 84,1 % noch etwas niedriger als jene der langlebigen Konsumgüter.

---

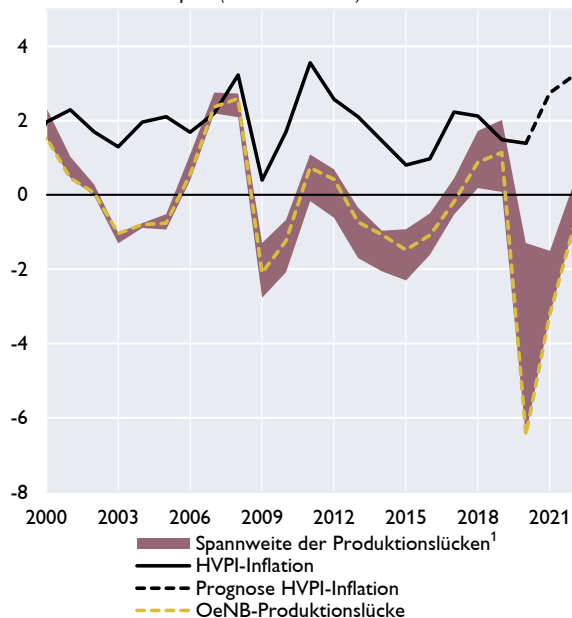
<sup>26</sup> Die Bruttogewinnquote der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften laut VGR ist definiert als der Bruttobetriebsüberschuss der Unternehmen, dividiert durch die Bruttowertschöpfung. Dieser Profitabilitätsindikator gibt an, welcher Anteil der im Produktionsprozess entstandenen Wirtschaftsleistung auf die Vergütung des Produktionsfaktors Kapital entfällt.

<sup>27</sup> EK = Europäische Kommission, IWF = Internationaler Währungsfonds, OECD = Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

## Indikatoren der Produktionsauslastung

### Produktionslücke und Inflation

Veränderung zum Vorjahr in % (HVPI-Inflation)  
in % des Potenzialoutputs (Produktionslücke)

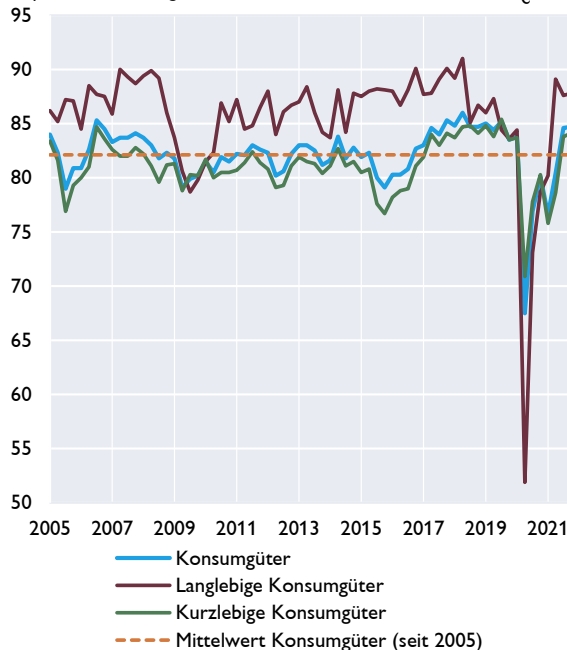


Quelle: OeNB, Eurostat, EZB (SDW), WIFO-Konjunkturtest.

<sup>1</sup> Minimum-Maximum-Bereich der Schätzungen von IWF, OECD, EK, OeNB.

### Kapazitätsauslastung in der Industrie

Kapazitätsauslastung in % letzter Wert: Q4 21



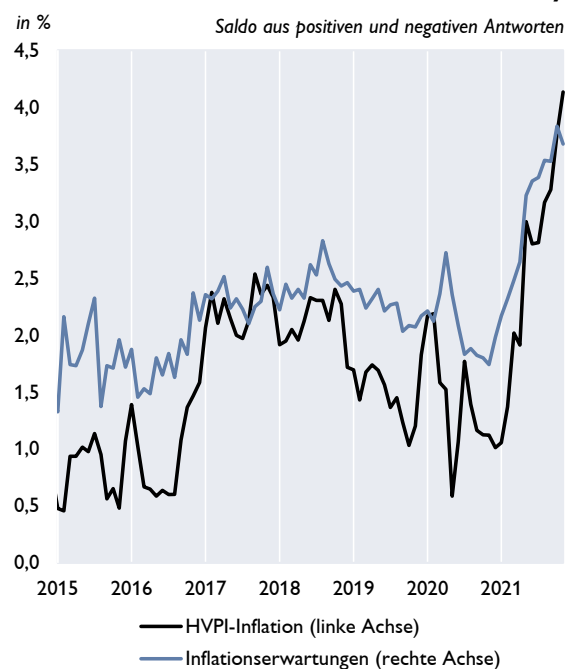
## 3.6 Kurzfristige Inflationserwartungen sukzessive gestiegen

Laut „Business and Consumer Survey“ der Europäischen Kommission nahm im Jahresverlauf 2021 in Österreich der Anteil der Verbraucherinnen und Verbraucher, die in den kommenden zwölf Monaten steigende Preise erwarten, im Gleichklang mit der tatsächlichen Inflationsentwicklung markant zu (Grafik 7, linke Abbildung). Der Saldo aus positiven Antworten („Preise steigen in den kommenden zwölf Monaten“) und negativen Antworten („Preise sinken in den kommenden zwölf Monaten“) lag im November 2021 bei knapp 50 und war damit etwa doppelt so hoch wie im November des Vorjahres.

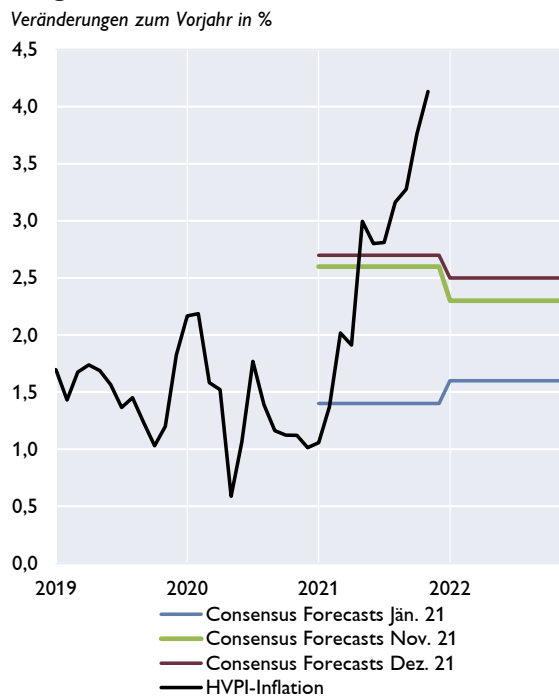
Eine weitere Datenquelle für Inflationserwartungen sind die von Consensus Economics erhobenen Projektionen von professionellen Prognoseinstituten. Demgemäß stieg die Consensus-Inflationsprognose für Österreich (d. h. der Durchschnitt der erhobenen Prognosen) für das Jahr 2021 von 1,4 % im Jänner auf 2,7 % im Dezember 2021. Auch für das Jahr 2022 wurden die Inflationsprognosen in Reaktion auf die aktuelle Inflationsentwicklung laufend nach oben angepasst und lagen zuletzt im Dezember 2021 bei 2,5 % (Grafik 7, rechte Abbildung). Insgesamt wird für Österreich gemäß der Consensus-Inflationserwartungen für 2022 mit einer etwas niedrigeren Inflation als 2021 gerechnet. Damit sind Consensus-Inflationserwartungen für 2022 auch deutlich unter dem Wert der aktuellen Inflationsprognose der OeNB von 3,2 %.

## Inflationserwartungen

### Haushalte – EK Business and Consumer Survey



### Prognoseinstitute – Consensus Economics



Quelle: Europäische Kommission, Consensus Forecasts, Statistik Austria.